Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtsblatt

Tageblatt für Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, Neudörfel, Ortmannsdorf, Mülsen St. Niclas, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Ruhschnappel und Tirschheim

Amtsblatt für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königlichen Amtsgerichtsbezirk

68. Jahrgang

Nr. 101. Hauptinsertionsorgan im Amtsgerichtsbezirk — **Donnerstag, den 2. Mai** — Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk — **1918.**

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 2 Mk. 40 Pfg., durch die Post bezogen [illegible] Mk. [illegible] Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm Ebert-Straße 5b, alle Kaiserlichen Postanstalten, Postboten, sowie die Austräger entgegen. — Inserate werden die fünfgespaltene Grundzeile mit 15 für auswärtige Besteller mit 20 Pfg. berechnet. — Reklamezeile 45 Pfg. — Fernsprech-Anschluß Nr. 7. Im amtlichen Teile kostet die zweispaltige Zeile 45 Pfg. für Auswärtige 60 Pfg. Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lichtenstein.

Nudeln Bezirkslebensmittelkarte B 5. 100 Gramm 17 Pfg.
Kunsthonig Bezirkslebensmittelkarte D 9. 250 Gr. 38 Pfg.
Heringe Bezirkslebensmittelkarte E 1. 1097—1852, 1/2 Pfund 45 Pfg. bei Arends, Lommatzsch, Lohl, Reinheckel, Reutzsch, Stiegler.
Eier Eierkarte Abschn. 3 235—1007. Stück 40 Pfg., Dietrich, Lommatzsch. Hühnerhalter Eier abliefern, sonst kein Zuckerbezug.

Gemeinde-Sparkasse Mülsen St. Jacob.

Einlagezinsfuß 3½% bei täglicher Verzinsung. — Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren und Kriegsanleihen unentgeltlich.
Gemeindeverbandsgirokonto Nr. 2. Postscheckkonto Leipzig 26808.
Fernsprecher Amt Lichtenstein 264
Geschäftszeit: 8—1, 3—5, Sonnabends 8—2 Uhr.
Strengste Geheimhaltung.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Der sächsische Minister des Innern, Graf Vitzthum ist am Montag unerwartet nach Berlin abgereist.

* Der Reichskanzler empfing den Reichstagsabgeordneten Gröber und den Generalgouverneur von Warschau, Generaloberst von Beseler.

* Hauptmann Bristen vom Füsilier-Regt. 40. erhielt den Orden Pour le Mérite für hervorragende Tapferkeit bei Montdidier.

* Am Montag ist das Mitglied des Herrenhauses Arnold von Siemens, Vorsitzender des Aufsichtsrates der Siemens u. Halske, A.-G., gestorben.

* In Genf trafen am Montag 260 deutsche Soldaten von 48 und mehr Jahren ein. Sie reisten nach ihrem Bestimmungsort im Heimatland weiter.

* Der gesamte telegraphische Verkehr zwischen England und Irland ist unterbrochen. In England betrachtet man mit ständig wachsender Sorge die Entwicklung der Dinge in Irland.

* Reuter meldet aus Petersburg: Der Vormarsch der Deutschen und Ukrainer gegen Rostow am Don wird fortgesetzt. Es wird berichtet, daß bei Alexandrowski im Gouv. Taurien [illegible] Kämpfe stattgefunden haben. Die Stadt soll geräumt sein.

* Wiener Blätter melden aus Prag, daß am Montag in der Festung Theresienstadt Gavrilo Princip, der Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin an Knochentuberkulose gestorben ist.

* Der griechische Gesandte in Bern erklärte nach der „Voss. Ztg." die Meldung, daß Griechenland den Londoner Vertrag gegen den Abschluß eines Sonderfriedens unterzeichnet habe, sei unrichtig.

* Wie aus Kiew berichtet wird, wurde durch einen Erlaß der Volkskommissionäre fürs Innere in der ganzen Ukraine die Sommerzeit eingeführt.

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen.

Berlin, 30. April 1918.

Unser innerpolitisches Leben gipfelt heute im Preußischen Abgeordnetenhause. Der Sitzungssaal ist schwarz von Menschen. Die Abgeordneten haben sich nahezu vollzählig eingestellt und die Tribünen sind dicht besetzt, obwohl — was hier nur alle Jubeljahre einmal vorkommt — scharfe Kartenkontrolle geübt wird. Eine ungeheure Spannung liegt in der Luft. Was wird aus den Vorlagen über die Verfassungsänderung, die auf der Tagesordnung stehen, werden, vornehmlich aus der Wahlrechtsreform? Ihr Schicksal liegt im Dunkeln. Freilich hat man in der Provinz außerhalb Preußens schon in der vorigen Woche genau „gewußt", daß das Abgeordnetenhaus heut aufgelöst werden würde, aber wir, die wir den Dingen näher stehen, stellen keine bestimmten Behauptungen auf, wir fragen vielmehr, ob heute überhaupt eine Entscheidung fallen wird.

Die Möglichkeit wird näher gerückt durch den eigenartigen Anfang der Verhandlungen, der eine

große Ueberraschung

bringt. Der Zentrumsabgeordnete Graf Spee beantragt, allerdings nur für seine Person, die Beratung der Vorlagen bis nach Friedensschluß zu vertagen. Was dafür spricht, ist schon oft gesagt worden. Der Redner legt es noch einmal im Zusammenhange temperamentvoll und geschickt dar. Wer, während Graf Spee seinen Antrag begründet, den Saal betritt, könnte glauben, daß er gerade in Lärmszenen hineingerate, aber er würde sich irren. In Wahrheit hört er nur den begeisterten Beifall, der von rechts her durch das Haus dröhnt, und in den die unvermeidlichen Zwischenrufe des Abgeordneten Hoffmann verloren gehen. Nur am Schluß erheben die Freunde des gleichen Wahlrechts Widerspruch durch Zischen.

Gleich darauf ändert sich das Bild von Grund auf, die Stimmung wird erregter, der Beifall, der sich nicht nur in Bravorufen, sondern auch in Händeklatschen äußert, kommt von links, als der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg kurz erklärt, daß sich die Regierung auf den Antrag nicht einlassen könne, und daß sie alle verfassungsmäßigen Mittel benutzen würde, um die Vorlagen durchzubringen. Seiner Bemerkung, daß das Vorgehen des Grafen Spee wohl auch eine Ueberraschung für das Zentrum gewesen sei, tritt dessen Führer Dr. Porsch entgegen. Graf Spee habe den Antrag eingebracht, obwohl die Fraktion einmütig gebeten habe, davon Abstand zu nehmen. Auch die folgenden Redner fassen sich kurz, sie lehnen unter anhaltender lauter Zustimmung links und in der Mitte den Antrag ab. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Pachnicke, der an der Geschäftsführung des Präsidenten Kritik übt, der Nationalliberale Dr. Lohmann und der Sozialdemokrat Dr. Hirsch-Berlin tun es bei aller Entschiedenheit in würdiger Form, nur dem Abgeordneten Hoffmann, den die Unabhängige Sozialdemokratie vorschickt, bleibt es vorbehalten, durch unverantwortliche, die Gefühle jedes Deutschen verletzende Redewendungen die Leidenschaften zur Siedehitze aufzustacheln.

Ein Sturm der Entrüstung

braust durch das Haus. Ungezählte Zurufe: Hochverräter Landesverräter! fliegen ihm an den Kopf, prallen aber an seiner eisernen Stirn ab, ohne ihn weiter zu berühren. Der Präsident hat einen schweren Stand, und es macht ihm Mühe, die Ruhe allmählich wieder herzustellen. Als es ihm endlich gelungen ist, kommt eine zweite Ueberraschung: Der Führer der Konservativen Herr von Heydebrand und der Lase, stellt den Antrag die Sitzung auf eine Stunde zu vertagen, damit seine Freunde zu dem Vorschlag des Grafen Spee, durch den auch sie überrascht worden sind, Stellung nehmen können. Dr. Pachnicke findet, daß dieser dem Antrag des Grafen Spee zuviel Ehre antut, und Dr. Porsch stimmt ihm zu, aber ein Teil des Zentrums ist anderer Meinung und verhilft dem Antrag Heydebrand zu einer Mehrheit. Mit noch gesteigerter Spannung sieht man dem Wiederbeginn der Beratung entgegen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird der Antrag Spee auf Vertagung der Vorlage bis nach dem Frieden in namentlicher Abstimmung abgelehnt. Für den Antrag stimmten 60, dagegen 2?? Abgeordnete, 1 Abgeordneter enthielt sich der Stimme.

Graf Hertling zur Wahlreform.

Ministerpräsident Graf Hertling führt im Verlaufe der Sitzung etwa folgendes aus:

Die Staatsregierung hofft, daß es doch noch möglich sein wird, zu einer Verständigung mit dem Hause zu kommen, und einen Weg zu finden, der die jetzt noch so weit auseinandergehenden Meinungen zusammenführt. Die Vorschläge der Kommission sind für die Staatsregierung nicht annehmbar. Auch der Antrag Lohmann konnte nicht zum Ziele führen, es kann sich nur darum handeln, das allgemeine gleiche Wahlrecht in den Grenzen der Vorlage zu verwirklichen. Die Zusage ist gegeben. Sie muß eingelöst werden. In allen modernen Staaten ist das politische Leben auf das Ziel des gleichen Wahlrechtes eingestellt. Vielfach ist dieses Ziel schon erreicht. Auch Preußen kann sich dieser Entwicklung auf die Dauer nicht entziehen. Es kann sich nur darum handeln, einer allgemeinen und zu weitgehenden Radikalisierung vorzubeugen. Bestimmungen, die einer solchen entgegenwirken sind schon in der Vorlage vorgesehen. Weitere Anregungen in dieser Richtung wird die Regierung gern prüfen, denn sie ist fest entschlossen, schädigenden Wirkungen des gleichen Wahlrechtes nach Möglichkeit vorzubeugen. Aber es ist auch notwendig, daß wir bald zu einer Entscheidung kommen im Interesse der großartigen Einmütigkeit unseres Volkes, die wir erhalten müssen. Jetzt sind wir in der Lage, gegebene Zusagen ohne schwere Erschütterungen einzulösen. Das gleiche Wahlrecht kommt, es ist nur die Frage, ob es ohne große Erschütterungen oder nach schweren inneren Kämpfen kommt. (Lebhafter Beifall links.)

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

Eine Verständigung ist sehr wohl möglich. Der Träger der Krone ist vor Erlaß der Botschaft selbstverständlich bis in eingehendster Weise unterrichtet worden. (Hört, hört!) Als alter guter Preuße habe ich den Wunsch, daß der König gedeckt durch die Minister, vor die Oeffentlichkeit tritt. Auf das Gemeindewahlrecht braucht das preußische Wahlrecht keinen Einfluß zu haben. Die Verfassungen von Staat und Gemeinde können nach einem Ausspruch von Eykel nicht über einen Kamm geschoren werden. Mit der Botschaft vom 11. Juli ist ein Regierungsprogramm zusammengestellt worden, das nicht mehr aufzuhalten ist.

Nachdem nun beschlossen worden ist, zur Vermeidung einer doppelten Generaldebatte die Artikel 1 bis 3 der Vorlage zusammenzuberaten, gibt Dr. Porsch die Erklärung ab, daß ein kleiner Teil seiner Partei gegen die Mehrheit für die Vorlage stimmen wird.

Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Frankreichs Selbstvernichtung.

Schweizer Urteil über die große Schlacht im Westen.

Die „Neuen Züricher Nachrichten" vom 27. April schreiben über die große Schlacht in Frankreich:

„Um den neuen grandiosen Sieg der Deutschen richtig zu würdigen, braucht man sich nur zu erinnern, was Bonar und Bar ... Blätter nach dem deutschen Siege von Armentières unlängst schrieben. Damals hieß es, die Affäre von Armentières sei wohl unangenehm, aber strategisch ohne großen Belang. Stra-